

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Die's Sprichwort im täglichen Leben so oft angewandt, nunmehr an, auch für eine ganze Nation von Bedeutung werden.

ein Unternehmerverband in Düsseldorf hatte den Staatsrat in Erzberger gebeten, doch dafür zu sorgen, daß die im Lande genügend lagernden Lebensmittel baldmöglichst nach Deutschland ausgeführt würden. Daraus ging folgendes Telegramm von Erzberger ein:

Die Zufuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Hauswirtschaft einkaufen. 450 000 Tonnen Handelsstraum vorrätig dem Verband zur Verfügung gestellt, gebe mit Ihnen an, daß billigere Lebensmittel erträgliche Verhältnisse in der Industrie herbeiführen werden. Am Lebensmittelmarkt herrscht aber notwendig Arbeit, da Verband keinen Vorrat an Lebensmitteln hat und deutsche Güter in neutralem Ausland gekauft sind. Bitte dringend, Arbeiterschaft zu überzeugen, daß Brot, Fleisch und Fett in sehr reichlichem Maß vorhanden und uns zur Verfügung gestellt wird, sobald wir arbeiten.

Zur gleichen Zeit als dieses Telegramm bekannt wurde, durch die Tagespresse die Mitteilung, daß die Kohlenpreise im Ruhrgebiet, die im Frieden bei 4000 Tonnen auf 9 bis 10 000 Tonnen gestiegen, in Oberschlesien die Förderung von 14 000 auf 2000 Tonn. Dabei fehlt es auch noch an Wagen und Lokomotiven, so daß heute schon in der Ruhr Heberlandzentralen und Elektrizitätswerke, und Tausende von Betrieben wegen Kohlenmangel stillgelegen werden müssen. Also nicht einmal die eigene Heimat können wir versorgen, weil abgesehen von dem gewaltigen Schaden, den die Enterteile an unserem Eisenbahnbau vornehmen, ein ungeheures Eisenbahnmateriale, durch die Revolution, im Osten in Stücke gelassen worden ist.

Obwohl aller dieser Schwierigkeiten war es aber doch gelungen, eine Vereinbarung mit Amerika zu treffen, nach welcher Amerika sich bereit erklärte, Lebensmittel für Länder und Völker zu liefern, allerdings unter der Bedingung, daß diese Länder die Lebensmittel holen sollten. Die Vorkosten hierzu würden getroffen, die Schiffe klar gemacht, die Besatzungen der Schiffe, Dienst usw. bereit sein. Am Sonntag den 1. Februar sollte die erste Schiffe mit 16 Schiffen auslaufen. Ausgelaufen aber sind sie nicht, denn die Herren Völkchen unter den deutschen Exzentriken neue Forderungen stellten, n. a. die Bildung eines internationalen Schiffsrates, dem die Disziplinargewalt an Bord übertragen werden sollte. Ob unter diesen Umständen die Schiffe abgehen läßt, erscheint sehr unübersichtlich. Da sie dieses Material grundsätzlich nicht anerkennen.

Der Schiffsverkehr ist nun der die arbeitslosen Gewerkschaften sind mit den verschiedenen Bedingungen überfordert, denn, beinahe hätten wir für unsere hungernden Arbeiter keine Lebensmittel und Störungsartikel bekommen, aber die Parteien heute stellen weitere Forderungen, verbieten die Ausfahrt und was die Sache ist, da die Arbeiter- und Soldatenrat unterstützen diese Exzentriker, denen die Not des Volkes Selbst ist wenn nur der Revolution, die Erröten der künftigen A. S. M. überlassen bleiben.

Man man die gewalttätige Unwissenheit als eine unüberwindliche Lastade man, dann sollte man doch wenigstens den Trägern der Revolution verlangen, daß sie nicht alles verstanden werden die wirtschaftlichen Schäden zu

heilen, um eine Katastrophe zu verhindern. Aber weit gefehlt. Anstatt sich dieser Aufgabe zu unterziehen, sehen wir im Industriegebiet die A. S. M. damit beschäftigt, die führenden Bedenken zum Teufel zu jagen, allerlei Experimente an dem kranken Wirtschaftskörper vorzunehmen und die Noth, Bred. und Verarmungsarbeit zum alten Eisen zu werfen. Willst Du nicht nach Brande sein, schlag ich Dir den Schädel ein.

Daß wie bei diesem System nicht zu einer Förderung der Produktion und damit zu Brot und Fett kommen, müßte auch bald dem blödesten Aff über einleuchten.

Arbeiterbewegung.

Terrorismus und Verleumdung.

Von mehreren anderen Ortsgruppen wird uns mitgeteilt, daß versucht wird, unsere Mitglieder mit Gewalt in die sozialdemokratischen Verbände hineinzuwerfen. So aus Düsseldorf, Frankfurt, Bremen und verschiedenen anderen Orten. Es muß wohllich schlecht um eine Sache stehen, wenn in einer Zeit, wo doch die Freiheit der persönlichen Ueberzeugung oberster Grundsatz sein soll, mit Terrorismus versucht wird, Anhänger zu gewinnen.

In anderen Städten, wie Köln usw., wo die Genossen in der Minderheit sind, mag man dieses Mittel nicht anwenden. Unförmlich wird hier mit Verleumdungen und Verleumdungen gearbeitet. Den Mitgliedern schmeicheln, aber die Führer vor den Mund treten, nach diesem alten Rezept versucht man uns das „schmerzstillende“ Galsband anzulegen. Wenn auch nur der gebiete Teil von dem Arbeitererrat, der unteren Beamten, Vorstandemitaliedern und Vertrauensleuten angehängt wird, wahr wäre, verdienten sie aufgehängt zu werden. Sich hiergegen zu verteidigen, wäre aber den Verleumdern zu viel Ehre anzuholen. Stell man nur so einen Christenweider und Verleumder, will er nichts gesagt haben. Betrug und Lüge sind noch immer auf einem Solde zusammen gewachsen. Von unseren Mitgliedern müssen wir verlangen, daß sie diesen feigen Vorkommen nichts durchgehen lassen und stets Beweise für ihre Verleumdungen vorlegen. Können sie die nicht erbringen, dann den Namen, und bei der Straßenbahn die Dienstnummer, der Verbandsleitung melden. Vielleicht hilft am besten bei diesen Leuten, wenn sie öffentlich als Lügner und Verleumder an den Kronen gestellt werden. Diese gefährliche Agitationsweise ist nur erklärlich angesichts der Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit über 100 000 neue Mitglieder gewonnen, und auch unter Verbands gerade in den genannten Orten keine Mitgliederzahl zum Teil verdoppelt bis verdreifacht konnte. Auch die Uebertritte einer Anzahl aufständiger Kollegen, die durch dieses wilde Treiben angeführt, zu uns gekommen sind, mag mit zu den Ursachen gehören.

Die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung.

In den letzten drei Monaten haben die christlichen Gewerkschaften über 100 000 neue Mitglieder gewonnen. Haben somit in ganz kurzer Zeit ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Diese günstige Entwicklung hält gegenwärtig weiter an. Es ist naturgemäß, daß eine Bewegung, deren Anhängerzahl bereits zu einer Million herangewachsen und vermindern muß zu öffentlichen Leben zur Geltung zu kommen. Unter wirtschaftlichen Leben ist heute viel stärker durch die politischen Verhältnisse beeinflusst wie in früheren Zeiten. Aus dem Grunde mußte auch unsere Gewerkschaftsbewegung, obwohl sie eine wirtschaftliche Bewegung ist, verstanden, Einfluß auf das politische Leben zu gewinnen. Dieses ist mit steigendem Erfolge ge-

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk. Fernsprecher N 8538. Redaktionschluss Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes. Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortgruppen 10 Pfg.

No 4

C 61 n, den 22. Februar 1919.

VII. Jahrgang.

Johann Werners. †

Am 11. Februar starb im Marienhospital zu Düsseldorf der Kollege Johann Werners, Mitglied des Zentralvorstandes unseres Verbandes, an den Folgen einer schweren Verwundung. Eine weitere schmerzliche Lücke ist dadurch in unsere Reihen gerissen. Als vor 11 Jahren unter den Düsseldorfer Straßenbahnern der gewerkschaftliche Gedanke auftauchte, war Kollege Werners einer der ersten die in praktisch betätigten. Unermüdet war er seit dieser Zeit für unsere gute Sache tätig, scheute kein Opfer und keine Mühe, wenn es galt sie zu fördern.

Schlicht und einfach, wahr und treu, gewissenhaft und hilfsbereit, lautet das Zeugnis, was ihn auch seine politischen und gewerkschaftlichen Gegner, persönliche hatte er keine, ausstellen müssen. Als echt christlich denkender Mann, betrachtete er unsere Bewegung nur als ein Mittel zum Zweck, den Angehörigen des Arbeiterstandes diejenigen wirtschaftlichen Mittel zu sichern, die notwendig sind, um des Menschen höchstes, ewiges Ziel zu erreichen.

Bei der Gründung unseres Verbandes im Jahre 1912 berief ihn das Vertrauen der Kollegen in den Zentralvorstand. Lange hat er an dieser Stelle nicht mehr wirken können. Der Ausbruch des Krieges rief auch ihn zu den Waffen und über 4 Jahre lang hat er, zuletzt als Wiegeldweibel, an der Front gestanden und fast tagtäglich dem Tod ins Auge geschaut. Schon zelateten sich die Verbotten des Friedens, schon hatten wir die Hoffnung auf ein baldiges, frohes Wiedersehen, da zuletzt noch voreilte auch ihn das Kriegsschicksal.

Obwohl war es ihm noch vergönnt die Heimat und seine Lieben wieder zu sehen, aber, infolge der schweren Verwundung, an Geist und Körper gebrochen konnte ärztliche Kunst und liebevolle Pflege das neuhende Leben nicht mehr retten.

Wetten muß der grüne Kranz, den wir auf sein Grab gelegt, aber unvergänglich wird uns das Andenken an diesen wirklich edlen Menschen und treuen Kollegen sein.

Moar er ruhen in Frieden!

Straßenbahnerstreik in Dortmund.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn in Dortmund weigerte sich, dem Tarifvertrage beizutreten, den wir in der letzten Nummer unseres Organs veröffentlicht haben, was der für die im Eisenbahndirektionsbezirk Essen belagerten Straßen- und Kleinbahnen Günstigen haben soll. Sie machte geltend, daß die Lohnverhältnisse der Straßenbahner einberühlich mit denen der übrigen städtischen Arbeiter geregelt werden müßten. Eine Sonderstellung könne den Straßenbahnern im Interesse der anderen städtischen Arbeiter nicht eingeräumt werden. Zur Klärung der Angelegenheit fand am Samstag, den 1. Februar eine Besprechung der verschiedenen Betriebsleiter mit den beteiligten Organisationsbeamten statt. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden, da die Verwaltung weder die Lohnsätze des Tarifvertrages, noch die um ein geringes ermäßigten Sätze anerkennen wollte. In ihrer ablehnenden Haltung wurde sie bekräftigt durch den Beamten des sozialdemokratischen Verbandes, der das Verlangen des Straßenbahnerpersonals für unberechtigt erklärte und das Festhalten unseres Verbandsbeamten an den Forderungen als „partakistischer“ Manieren bezeichnete.

Da unter diesen Umständen eine Einigung nicht zustande kam, beschloß das Fahrpersonal einmütig, am Dienstag, den 4. Februar in den Streik einzutreten. Das geschah auch bis auf den letzten Mann. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen gehören unserem Verbands an. Einig und geschlossen, wie sie den Beschluß gefaßt hatten, führten sie ihn auch durch. Das Werkstättenpersonal, das sich anfänglich auch dem Streik aus Sympathie anschloß, wurde schon bald demnach von seinen Führern, des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes veranlaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das tat aber dem Kampfesmut unserer wackeren Kollegen keinen Abbruch, ebenso wenig wie das Geschreibsel der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiterzeitung, die es fertig brachte, diesen Streik als völlig unberechtigt hinzustellen. Schon nach wenigen Streiktagen bemühten sich unparteiische Streife um Beilegung desselben. Diesbezügliche Verhandlungen fanden am 8. Februar statt. Sie hatten das Ergebnis, daß die Parteien sich dahin einigten, das Reichsarbeitsamt in Berlin als Schlichtungsinstanz anzurufen. Dem Spruch desselben wollen sich beide Parteien unterwerfen. Sollte dieser Spruch zu Ungunsten der Personals ausfallen, verpflichtet sich die Verwaltung:

1. spätestens am 1. April einen besondern Tarifvertrag mit dem Personal abzuschließen.

2. außerdem ab 1. März pro Tag 1.50 Mk. Lohnzulage und eine einmalige Teuerungszulage von 250 Mk. zu gewähren. Auf letztere soll die Zulage von Weihnächten in Höhe von 80-100 Mark angerechnet werden.

Diesen Vermittlungsvorschlägen gab das Personal einmütig seine Zustimmung und ebenso geschlossen wie die Niederlegung des Dienstes erfolgte, nur nach sechstagiger Dauer des Streiks, die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Rohl der Streikenden belief sich auf etwa 900. Der Streik selbst verlief in vollster Ruhe und Ordnung, was in der gesamten Bürgererschaft lobend anerkannt wurde und rührendes Zeugnis zur Ehre gereicht.

Die Neuregelung des preussischen Gemeindevahlrechtes.

Das bisherige Wahlrecht zu den Bürgerlichkeitsvertretungen in den preussischen Städten und Gemeinden war schon vor dem Kriege unhaltbar geworden. Einem verhältnismäßig recht kleinen Kreise von Bürgern war es auf Grund des Dreiklassenwahlrechtes möglich, die Geschäfte der Gemeinde in ihrem Sinne zu ihren Gunsten zu leiten. Wenn in den letzten Jahrzehnten die meisten Gemeinden ein anstehendes Aufstiegs zu verzeichnen haben, ist diese Erscheinung nicht auf das bisherige Wahlrecht, sondern trotz dem zu verzeichnen. Ihre Ursache liegt in dem allgemeinen Aufschwung, der das deutsche Wirtschaftsleben bis zum Kriege gewissermaßen hatte. Der bisherige Zustand, der die Vertreter weiter Schichten der Bevölkerung vor den Rathhäusern fern hielt, der ihnen, wenn es gut ging, ein paar Konzessionsprivilegien zubilligte, war unhaltbar geworden.

Die preussische Revolutionsregierung hat am 26. Januar anderweitigen Regelung des Gemeindevahlrechtes eine Verordnung mit ausüblicher Gesetzkraft erlassen. Dieselbe beruht in der Hauptsache:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen unmittelbar und gleichem Wahlrecht nach den Grundstücken der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach den Bestimmungen der Auslegung der Wahlsteuer. Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Wohnsitznahme schließen lassen.

§ 6. Die gewöhnlichen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntag bis spätestens 2. März 1919 zu erfolgen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Ämtern.

§ 7. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung einmütig statuerenden Beschlüsse ist die Wahlordnung für die verfassunggebende preussische Landesversammlung mit der Maßnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission tritt.

Sachlich können wir nur dieser Verordnung vollständig einverstanden sein. Sie entspricht in der Hauptsache den Wünschen, die in anderen Kreisen seit Jahren vertreten wurden.

Gegen diese Verfassung sind uns keine Einwände erhoben und Einwendungen gemacht worden. Soweit sie sich gegen den Inhalt wenden, müssen wir sie entschieden ablehnen. Die Demokratisierung läßt sich nicht aufheben.

und auch jene Kreise, die sich nicht innerlich mit ihr befreunden können, müssen sich mit den Tatsachen abfinden.

Aber gerade die Forderungen der Demokratie stehen in der Art und Weise, wie die Neuordnung des Wahlrechts eingeführt wurde, in starkem Widerspruch. Nachdem das preussische Volk sich mit der Revolution abgefunden, die gegenwärtige sogen. Regierung, wenn auch nur stillschweigend, anerkannt hat, unter der Bedingung, daß sie ihre Aufgabe in der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Einberufung der Nationalversammlung erblicke, mußte sich die Regierung aller anderer Maßnahmen enthalten, weil sie hierzu keinen Auftrag hatte. Aus diesem Grunde kann die Verordnung mit Recht als eine ungeschickliche bezeichnet werden. Ungeheures Mißverhältnis und Eigenmächtigkeit stehen aber zur wahren Demokratie im schroffen Widerspruch. Dieses umso mehr, da die preussische Nationalversammlung bei gutem Willen jederzeit hätte zusammentreten und neben der provisorischen Verfassung auch das Gesetz betreffend die Gemeindevahlen hätte verabschieden können. Bei der Zusammenberufung der Nationalversammlung unterliegt es keinem Zweifel, daß der Inhalt des Gesetzes sich im wesentlichen mit dem der Verordnung vollständig deckt hätte. Die Wähler hätten auch keinen Tag später getätigt werden brauchen. Deshalb also eine ungeschickliche Verordnung, da das nämliche zur gleichen Zeit hätte auf gesetzlich geordnetem Wege erreicht werden können. Und hiergegen richtet sich auch in der That der Protest gegen die Verordnung.

Es zu dem angegebenen Termine überall die Wahlen stattfinden werden, steht noch dahin, da sich an manchen Orten noch technische Schwierigkeiten ergeben haben.

Was dem immerhin auch sei, in nächster Zukunft finden die Wahlen statt. Den breiten Massen wird ein größerer Einfluß auf die Gemeinden eingeräumt werden. Unseren Kollegen haben daran ein doppeltes Interesse, zunächst einmal als Bürger der Gemeinde, dann aber auch in ihrer Eigenschaft als Stadtbewohner, Arbeiter oder Angestellter. Als solcher hängt ihre wirtschaftliche Lage sehr von dem Gehalt ab, der in den Rathhäusern herrscht. Auf dieser ein sonst ferner liegender, werden auch die Lohn- und Dienstverhältnisse der Zeit angemessen gestaltet werden.

Es dürfte aber gut sein, wenn unsere Kollegen nicht allzu große Hoffnungen auf die neuen Stadtparlamente setzen. Der gute Wille findet seine Grenzen in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Erfahrungen, die wir nach ein oder zwei Jahren gemacht haben werden, werden uns den Beweis erbringen, daß es mit gutem Willen und lebhaftem Grundsatze allein nicht getan ist. Wenn jemand das Sprichwort: "Nur im stillen Wohnen die Gedanken, das hart im Raum haben sich die Taten" zutrifft, dann ganz besonders in rein wirtschaftlichen Fragen. Ehrenpflicht unserer sämtlichen Mitglieder muß es sein, sich an den Vorbereitungen zu den Wahlen und an dieser selbst zu beteiligen. Innerhalb der letzten Periode, der sie angehören, muß versucht werden, überall den der Bedeutung der Arbeiterfrage entsprechende Einfluß zu haben. Dieses wird auch gelingen, wenn wir überall frühzeitig genau auf dem Posten sind.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Abbau der Löhne? Eine Debatte der Funktionen der Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei in laut Berliner der „Germania“ nach einer Besprechung der Wirtschaftlichen und Sozialen Kommission angeschlossen. In unserer Industrie und des ganze Volkswirtschafts in jeder in geordneten Gang kommen sollen ist es in der Reihe während die Arbeitslöhne so abzubauen, daß den Wählern der um uns konkurrierenden Länder...

In eingehender Weise begründete der Redner Vorzüge und Nachteile beider Systeme, die für die ferneren Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen maßgebend sein sollen. Bei dem Abschluss eines eventl. Kollektivvertrages mit dem Vorstande des Südwägenwerkes unserer Verbände aus abweichender Tarifkontraktentreteten und sich im Interesse der individuellen Arbeiter betätigen. Bei Festsetzung konnte schlagend werden, dass die Stadt Pöchlarn auch ihren Arbeitern eine einmalige Feuerungszulage nach den Grundtagen für Staatsarbeiter, 350 Pfl. für Verheiratete und 210 Pfl. für Ledige bezim. Arbeiterinnen gewähre. In der Vertagung wurde festgestellt, dass sich 1 Dutzend Kollegen der Gastfabrik, die auf Grund ihrer politischen Bestimmung für unseren Verband nicht zu gewinnen waren, dem sozialdemokratischen Verbände beigetreten sind. Damit sei nun die Möglichkeit geschaffen, dass jedem individuellen Arbeiter Gelegenheit zum Beitritt in irgend eine Organisation gegeben ist und doch es deshalb unangenehme individuelle Arbeiter in Pöchlarn nicht mehr geben darf. Für die auf dem Boden der ärztlichen Weltanschauung liegenden Kollegen kommt unser, für die Sozialisten deren Verband in Betracht. Am Schlusse betraufte Vorsitzleiter Weitzer die Erhöhung des Lohnbeitrages von 5 auf 10 Pfennige pro Woche, die in der letzten Generalversammlung der Ortsgruppe beschlossen wurde.

Trier. Nach Beendigung des Krieges hat sich auch hier ein harter Kampf zur gewerkschaftlichen Organisation gezeigt. Das ist auch notwendig, wenn die individuellen Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen wollen. Eine Einmache unseres Verbandes, die wir im Dezember der Stadtverwaltung einreichten, hatte den Erfolg, daß der herumgekehrten Kriegern eine einmalige Feuerungszulage gezahlt wurde. Darüber hinaus wünschte man auch für alle Arbeiter eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Feuerungszulage oder Lohnenerhöhung. Beim Elektrizitätswerk verlangten die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine Änderung des Lohnvertrages. Es wurde auf der Versammlung eine Vereinbarung getroffen, die zwar heute Zufriedenheit, deren Berechnung aber völlig in die Hand der Betriebsleitungen legte; denn es sollten die Rohre nach Leistung bezahlt werden. Daraus wurde der Willkür Tür und Tor geöffnet. Eine weitere Verkündung dieser Vereinbarung lautet also: Als Sondervertrag gilt nur der, welcher im Besitz eines Gürtelbrettes einer Sonderwerkstättener ist. Vereicht man denn nicht, daß man mit diesem wirtschaftlichen Zeug zahllose tüchtige Sonderwerker ausblenden würde, die schon zu einer Zeit Gestelle wurde, da man von Lorenzmitteln "Geldscheine" noch nichts wußte? Und wir vertraut sich das mit dem noch auch von den freien Gewerkschaften vertriebenem Satz: "Freie Wahl dem Tüchtigen". Somit wenn man doch nicht genug über die Haltung seit der Vereidigungswort zu schreiben. Eine weitere Vereinbarung in der Vereinbarung bestand, daß bei Mehrarbeit über die erste Stunde kein Lohnzuschlag gezahlt zu werden braucht und für die weiteren vier Stunden nur 20 Prozent Zuschlag. So war es höher schon, wenn Teil Lohn noch besser, da in einzelnen Betrieben schon vor der ersten Mehrstunde ein Lohnzuschlag von 20 Prozent bezahlt wurde.

Es ist selbstverständlich, daß wir solchen Vereinbarungen nicht zustimmen werden, solange es nicht durch entsprechende Verbesserungen zu erzielen. Das gilt für alle in Pöchlarn tätigen Arbeiter und hier insbesondere für die. So verlangen wir an Stelle der Stundenlöhne und Lohnzuschläge Doppelstunden mit bestimmtem Zeitgenossen und Erhöhung des Stundenlohnes in 2 Klassen, nämlich der bisherigen Zeit und der Kriegszeiten, abzunehmen auf bloß den 25 Prozent Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit von 30 Prozent. Eine Änderung der jetzigen Lohnsätze soll nur nach vorheriger Verständigung mit den Arbeitgebern, d. h. dem Vorstande, erfolgen. Man hat schon jetzt die Stadtverwaltungsmannschaft mit der Möglichkeit, die auch für die Arbeiter in Pöchlarn besteht, die jeder Arbeiter im Falle der Wichtigkeit, daß anderen Wünschen in meinem Umfang entgegen zu kommen wird.

Arbeiterbewegung.

Der sozialistische Zukunftsstaat. Vor Jahren erkaufte einmal das ganze Deutschland "Wochenblätter" Nr. 18, 1907 in Pöchlarn vom sozialistischen Zukunftsstaat. Da hier es u. a. die Arbeiter und ihre Gewerkschaften vor sich zu haben, die nicht nur die Freiheit der Gewerkschaften, sondern auch die Freiheit der Arbeiter, die jeder Arbeiter, der sich nicht für etwas als einen Parteimitglied des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern als einen natürlichen Menschen empfindet, der in der freien Zukunft in den vollen Jahren leben will, sich nicht nur für die Freiheit der Gewerkschaften, sondern auch für die Freiheit der Arbeiter, die jeder Arbeiter, der sich nicht für etwas als einen Parteimitglied des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern als einen natürlichen Menschen empfindet, der in der freien Zukunft in den vollen Jahren leben will, sich nicht nur für die Freiheit der Gewerkschaften, sondern auch für die Freiheit der Arbeiter, die jeder Arbeiter, der sich nicht für etwas als einen Parteimitglied des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern als einen natürlichen Menschen empfindet, der in der freien Zukunft in den vollen Jahren leben will.

viel sie genießen wollen. Da kamen sie schon an. Dieselbe Sozialdemokratie belehrte jetzt die Massen, daß Sozialismus Arbeit heißt, und daß auch im Zukunftsstaat nicht alles so sein könne, wie man sich das vorstelle. Die sozialistische Regierung müsse sogar einen Brennerkrieg gegen übertriebene Lohnforderungen heraufbeschwören, es sei „geschichtliche Pflicht der Staatsregierung, dem steigenden der Lohnausgaben über das Maß des Ertragslichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten“. In derselben Schäre nahm man gegen Streiks Stellung. Das ist der sozialdemokratischen Masse unbegreiflich. 30 Jahre hat man ihnen das Gehirn vollgepumpt mit dem Satz: Alle Hände stehen still, wenn dem Arbeiter kein es will! Und jetzt auf einmal, wo der starke Arm die Hände stillstehen lassen will, kommt dieselbe Sozialdemokratie und sagt, daß die Streiks zu vermeiden seien und unser Wirtschaftsleben nur zu vermeiden. Der „Vorwärts“ rühmt jetzt seinen Lesern vor, wieviel Nationalvermögen durch die Streiks verloren geht. Am 18. Januar nimmt er gegen den Streik der Chorführer im Opernhaus Stellung und sagt: „In einer demokratischen und sozialistischen Republik sollten solche Streiks überflüssig sein. Verachtete Forderungen der Arbeiterschaft müssen auf friedlichem Wege durchzusetzen sein.“ Man laßt den „Vorwärts“ nicht wieder! Wenn die Sozialdemokratie sich so weiter entwickelt, könnte man fast mit ihr zufrieden sein. Sie scheint in dem letzten Vierteljahr ihrer Regierung schon fast zur Vernunft gekommen zu sein. Der Genosse Kaufstötter hat einmal in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 21, 1908) geschrieben:

„Auch im Zukunftsstaat wird mit Wasser gelöscht werden und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln. Hoherstand wird der Zukunftsstaat in Verfassungen ganz anders aussehen, als der Staat, den wir ausmacht. Die Menschen werden auch dort intensiv arbeiten müssen, mit ihre geringeren Bedürfnisse zu decken; es wird auch dort einen Kampf zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistungen.“

Als wir dies feinerzeit den sozialdemokratischen Massen vorhielten, wurden wir ausgelacht und darauf verwiesen, daß es ganz anders wäre, daß nämlich der Zukunftsstaat so aussehe, wie ihn die „Abendliche Zeitung“ geschildert habe, wo jeder selbst bestimmte was und wieviel er arbeiten wolle und wieviel er genießen will und kann.“

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben bis zum 17. Februar weiter abgeordnet die Ortsgruppen: Pöchlarn (65), Angoldicht, Gorn (21), Böden, Reiten, Freiburg, Würzburg (4), Nürnberg, Dillingen, Dinsbarn, Gonsheim, Müll, Eschbrunn, Seel, Pöchlarn (21), Koberbe, Mösenheim, Crefeld, Dinsbarn und Seel. Neue Ortsgruppen wurden gegründet in Wundern, Dresden und Mees. Der Revolvervorstand.

Gedenktafel.
Gestorben sind die Kollegen:
Georg Schmitt, Nürnberg.
Wolfgang Dorn, Nürnberg.
Ehre ihrem Andenken!



Es starben den Heldenmord in treuer Pflichterfüllung fürs Vaterland:
Johann Werners.
Mitglied des Zentralvorstandes.
Josef Wander.
Mitglied der Ortsgruppe Würzburg.
Wilhelm Müller.
Mitglied der Ortsgruppe Bielefeld.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

* Man muss verstehen, daß die Arbeiter nicht nur für die Freiheit der Gewerkschaften, sondern auch für die Freiheit der Arbeiter, die jeder Arbeiter, der sich nicht für etwas als einen Parteimitglied des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern als einen natürlichen Menschen empfindet, der in der freien Zukunft in den vollen Jahren leben will, sich nicht nur für die Freiheit der Gewerkschaften, sondern auch für die Freiheit der Arbeiter, die jeder Arbeiter, der sich nicht für etwas als einen Parteimitglied des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern als einen natürlichen Menschen empfindet, der in der freien Zukunft in den vollen Jahren leben will.